

ANALYSE

August 2020

Dr. Alexander Plitsch, Clemens Holtmann & Dorothee Vogt

Vom Versuch, eine politische Partei neu zu denken

Über unsere Fehler und Erkenntnisse bei der Gründung von Demokratie in Bewegung

Neues wagen und dabei Fehler machen – in der etablierten Politik leistet sich das kaum jemand. Zu groß scheint die Gefahr, zu scheitern und „verbrannt“ zu sein. Wer Ambitionen hat, wählt den sicheren Weg. Wer Fehler macht, versucht sie zu verstecken.

Wir, die AutorInnen dieses Papers, haben etwas gewagt: Gemeinsam mit vielen MitstreiterInnen haben wir eine neue Partei gegründet – Demokratie in Bewegung. Mit unseren Ideen und Ambitionen sind wir größtenteils gescheitert. Auch wenn es schmerzt, wollen wir über unsere Fehler sprechen. Wir hoffen, damit einen Beitrag leisten zu können, für all jene, die politisch etwas Neues wagen wollen.

Im Frühjahr 2017, einige Monate vor der Bundestagswahl, sind wir mit anderen Menschen in Berlin zusammengekommen, um die Partei Demokratie in Bewegung zu gründen. Es war der wahnwitzige Versuch, in kürzester Zeit ein politisches Vakuum zu füllen und gleichzeitig den Organisationstyp Partei neu zu denken. Der Stern nannte Demokratie in Bewegung damals „die ehrgeizigste Partei seit den Piraten“.

Wir haben an der Bundestagswahl 2017 und an der Europawahl 2019 teilgenommen. Wir haben Online-Abstimmungen durchgeführt, neue Organisationsmodelle getestet und Bündnisse geschmiedet. Wir haben unsere Erwerbsarbeit vernachlässigt und unzählige Stunden in Videokonferenzen, Chats, Online-Foren und auf der Straße verbracht. Und wir haben Fehler gemacht, viele Fehler.

Dies ist unsere Geschichte – und was wir daraus gelernt haben.

Von der Idee bis zur Bundestagswahl 2017

November 2016. In den Vereinigten Staaten wird Donald Trump zum Präsidenten gewählt. In Großbritannien stimmen die BürgerInnen für den Brexit. In Deutschland zieht die AfD in die Landesparlamente ein und Mitte-links-Mehrheiten erscheinen auf absehbare Zeit unmöglich.

Überall treffen wir auf zutiefst besorgte Menschen. Viele haben sich erst kürzlich politisiert, aus Sorge um die offene Gesellschaft. Neue zivilgesellschaftliche Initiativen schießen wie Pilze aus dem Boden. Die große Ungleichheit in der Gesellschaft wird von vielen Menschen als ungerecht empfunden. Es wächst das Gefühl, dass das Jahr 2017 eine Zäsur für die Demokratie werden wird.

In dieser Zeit entsteht in unserem persönlichen Netzwerk die Idee einer Parteigründung. Inhaltliche Schwerpunkte sollen soziale Gerechtigkeit und der Kampf gegen Lobbyismus sein. Gleichzeitig ist klar, dass dies keine Partei herkömmlicher Organisationsstrukturen werden soll. **Demokratie in Bewegung soll partizipativ und transparent sein, vielfältig und modern, wertorientiert und offen für alle.** „Demokratie zum Mitbestimmen“ ist einer der ersten Sätze des Manifests.

Mit einer Online-Petition und dem Aufruf „Wir gründen eine neue Partei! Wenn wir 100.000 Stimmen von Euch bekommen!“ testen wir, ob diese Idee für einen größeren Personenkreis relevant ist. Es ist kein Selbstläufer, doch nach einigen Monaten erreichen wir das Ziel. Es bilden sich Arbeitsgruppen, Strukturen entstehen und KandidatInnen werden gecastet. Am 29. April 2017, nur sechs Monate vor der Bundestagswahl, wird Demokratie in Bewegung (DiB) offiziell gegründet. Das Momentum ist groß. In unserem Umfeld entsteht der Eindruck, dass alles möglich ist.

¹ <https://www.change.org/p/wir-gr%C3%BCnden-eine-neue-partei-wenn-wir-100-000-stimmen-von-euch-bekommen-demokratieinbewegung-jetzt-hier-mitmachen>

Unter Hochdruck arbeiten jetzt Aktive auf die Wahl hin. Das Ziel ist der Einzug in den Bundestag. Für die Wahlteilnahme werden über 20.000 Unterschriften gesammelt, in einem partizipativen Online-Prozess entsteht ein Wahlprogramm und eine Wahlkampagne wird geplant. Fast 4.000 Menschen unterstützen die Gründung mit Kleinspenden, die sich schließlich auf über 300.000 Euro summieren.

Am Ende scheitern wir deutlich: 60.000 Menschen wählen DiB – das sind gerade mal 0,1 Prozent der Stimmen, weit entfernt von der Fünf-Prozent-Hürde und noch nicht einmal genug, um künftig staatliche Parteienfinanzierung zu erhalten².

Im Rückblick glauben wir, dass folgende Fehler und Entwicklungen entscheidend für das Scheitern von Demokratie in Bewegung bei der Bundestagswahl 2017 waren:

Clash der Kulturen: Intellektuelle vs. MacherInnen

In den ersten Monaten wurde DiB von zwei Gruppen geprägt: Zu den InitiatorInnen der Anfangszeit zählten einerseits AutorInnen, JournalistInnen und KünstlerInnen (die wir im Folgenden vereinfachend als „Intellektuelle“ zusammenfassen), andererseits Menschen aus NGOs und Wirtschaft, mit Erfahrung zum Beispiel im praktischen Campaigning und Marketing (im Folgenden sprechen wir vereinfacht von den „MacherInnen“). Menschen mit praktischen Erfahrungen in der Politik gab es kaum. Fast niemand war zuvor Mitglied in einer anderen Partei.

Beide Gruppen teilten die Faszination für das gemeinsame Ziel, setzten aber sehr unterschiedliche Prioritäten. Während sich die „Intellektuellen“ länger mit Inhalten, Positionierung und Strategien auseinandersetzten, arbeiteten die „MacherInnen“ sehr ziel- und outputorientiert auf eine Teilnahme an der Bundestagswahl hin.

² Parteien haben in Deutschland Anspruch auf staatliche Mittel, wenn sie nach dem endgültigen Wahlergebnis der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5% oder einer Landtagswahl 1% der für die Listen abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben (§ 18 Abs. 4 Satz 1 PartG).

Auf ihre Initiative hin wurden Meetings besser moderiert und gestrafft, kleine Arbeitsgruppen gebildet, ein Trägerverein gegründet, erste Spenden gesammelt und für einige Monate eine Projektmanagerin eingestellt.

Schon bald wuchsen auf Seiten der “Intellektuellen” Bedenken, ob eine Wahlteilnahme schon bei der Bundestagswahl 2017 ein aussichtsreicher Weg sei. Ihr Einwand, dass die Vorbereitungszeit zu gering sei, wurde kurz diskutiert, eine Änderung des Kurses aber nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Im Gegenteil: Die “MacherInnen” trieben die Parteigründung in sehr hohem Tempo voran. Frustriert wandten sich nach und nach alle “Intellektuellen” ab und verließen die Gruppe.

Im Rückblick glauben wir, dass für ein Gelingen des Projektes DiB beide Gruppen gleichberechtigte Mitglieder der InitiatorInnengruppe hätten bleiben müssen. **Es braucht sowohl Menschen, die über das große Ganze nachdenken, als auch outputorientierte Organisations-talente – und beide Gruppen müssen sich in ihrer Unterschiedlichkeit wertschätzen.** Für den Erfolg der Initiative wäre es wichtig gewesen, beide Gruppen zu integrieren. Doch dies ist nicht gelungen. Stattdessen verließen nach wenigen Monaten die “Intellektuellen” das Projekt – ein Verlust, von dem sich DiB nicht erholt hat. Die Partei wurde auch später nicht mehr interessant für AutorInnen, JournalistInnen und KünstlerInnen, obwohl ihr kreativer Geist zu Beginn ein Wesensmerkmal und eine Quelle der Kraft für die Partei war.

Das Wagnis der Öffnung

Von November 2016 bis zur offiziellen Gründung im Frühjahr 2017 wurde DiB von rund 30 Menschen vorangetrieben. Zwar fanden die Treffen der InitiatorInnen nicht geschlossen statt, dennoch hatte sich nach einigen Wochen eine feste Kerngruppe gebildet.

Je näher die Parteigründung rückte, desto höher wurde der Druck zu wachsen. Um in allen Bundesländern an der Bundestagswahl teilnehmen zu können, mussten 16 Landesverbände gegründet und dafür Mitglieder gewonnen werden. Ende März öffnete sich die Gruppe mit dem Aufruf „Abgeordnete für den Bundestag

gesucht“ für weitere MitstreiterInnen³. Gesucht wurden Menschen, die Gründungsmitglieder der Partei werden wollten, um die Parteistrukturen regional aufzubauen und für den Bundestag zu kandidieren. Der Aufruf wurde breit über die sozialen Medien und den wachsenden Newsletterverteiler gestreut⁴.

Unter anderem aus der Geschichte der Piratenpartei hatten wir gelernt, wie schnell interne Streitereien und Konflikte eine junge Partei lahmlegen können. Wir wollten deshalb einen geschützten Raum schaffen, in dem es gelingen sollte, auch in einer wachsenden Gruppe weiterhin an einem Strang zu ziehen. Spätestens seit dem Fall Thilo Sarrazin weiß jede/r, wie schwer es ist, ein Parteimitglied wieder loszuwerden. Zur Aufnahme einer Person als Mitglied besteht hingegen kein Zwang. Uns war klar, dass eine kontrollierte, auf sorgsam ausgewählten Kriterien basierende Öffnung der Partei entscheidend sein würde.

Dazu wurden gemeinsame Grundwerte definiert, in denen wir neben dem Bekenntnis zu einer starken Demokratie eine feministische und antirassistische Haltung festschrieben. Wir führten außerdem ein sogenanntes “blindes” Antragsverfahren für neue Mitglieder ein. Über ein Online-Formular wurde ein Antrag auf Mitgliedschaft gestellt⁵. Im ersten Schritt wurden die Antworten ohne Kenntnis der Person bewertet⁶. Im zweiten Schritt führten je zwei Mitglieder der

3 Bewerbungsaufwurf: <https://www.change.org/p/wir-gr%C3%BCnden-eine-neue-partei-wenn-wir-100-000-stimmen-von-euch-bekommen-demokratieinbewegung-jetzt-hier-mitmachen/u/19881542>

4 Über 800 Menschen meldeten sich auf den Aufruf. 82,7 Prozent der Anträge kamen aus westdeutschen Bundesländern, 74,3 Prozent der BewerberInnen waren männlich. 68,4 Prozent gaben an, aus einem nicht-akademischen Elternhaus zu stammen.

5 Bewerbungsseite: <https://web.archive.org/web/20170429202647/bewegung.jetzt/abgeordnete/>

6 Die Fragen im Bewerbungsformular waren:

1. Was ist Ihre Motivation, sich für eine Mitgliedschaft zu bewerben?
2. Welche Fähigkeiten bringen Sie für eine Mitgliedschaft mit?
3. Was würden Sie tun, wenn die Unterstützer/innen von Demokratie in Bewegung nach dem Initiativprinzip eine Programmatscheidung herbeiführen, die Sie persönlich nicht unterstützen?
4. Was denken Sie über unseren Ethik-Kodex?

Kerngruppe mit Hilfe eines standardisierten Leitfadens ein persönliches Kennenlerngespräch mit der/dem AntragstellerIn. Kriterien für die Aufnahme waren vor allem die Identifikation mit den Grundwerten, eine hohe Engagementbereitschaft sowie eine Einschätzung über die Fähigkeit, das eigene Ego hinter die Interessen der Gemeinschaft zu stellen.

Während wir zu Beginn noch zahlreiche Anträge auf Grundlage der festgelegten Kriterien ablehnten, führte der zunehmende Zeitdruck durch die nahende Bundestagswahl dazu, dass viele Anträge angenommen wurden, obwohl wir uns unsicher waren. Doch anders wären die Gründung von 16 Landesverbänden und das Sammeln von über 20.000 Unterschriften für die Wahlteilnahme nicht möglich gewesen.

Durch die schnelle Aufnahme neuer Mitglieder veränderte sich bis zum Gründungsparteitag die Zusammensetzung der Gruppe stark. Verbindend wirkten zwar die große Sehnsucht nach einer neuen Partei mit einem neuen Politikverständnis und das gemeinsame Ziel der Bundestagswahl. Kommunikationskultur und Professionalität verschlechterten sich jedoch und teils sehr unterschiedliche Demokratie- und Rollenverständnisse wurden sichtbar. Darüber hinaus war die Gruppe über die gesamte Bundesrepublik verteilt. Austausch konnte vor allem in Online-Foren stattfinden, die Möglichkeiten waren hier allerdings begrenzt. Die Kerngruppe konnte auch deshalb ihre Werte und Vorstellungen kaum noch persönlich an die neuen MitstreiterInnen vermitteln.

Im Rückblick erscheint uns der aufwändige Antragsprozess der richtige Ansatz, dennoch fand die Öffnung der Gruppe zu einem viel zu frühen Zeitpunkt statt. Weder die Strukturen, noch die Grundideen der Partei waren stark genug, um mit einer Vielzahl heterogener Mitglieder produktiv arbeiten und umgehen zu können. Stattdessen glauben wir heute, dass ein langsamer, behutsamer Ausbau der Kerngruppe über persönliche Netzwerke und intensive Kennenlernetreffen nachhaltiger und erfolgreicher gewesen wäre.

Die verlorene Positionierung

Aus Konzeptpapieren und alten Websitetexten aus der Anfangszeit im Herbst 2017 lässt sich die Motivation für die Gründung von DiB ablesen: Soziale Gerechtigkeit, die Stärkung der Demokratie und Transparenz im Politikbetrieb. Wenig später ist zusätzlich von "Vielfalt und Weltoffenheit" als einem weiteren Schwerpunkt zu lesen.

In den Dokumenten werden Ungleichheit und die Krise der Repräsentation als ursächlich für den weltweiten, europäischen und deutschen Rechtspopulismus dargestellt. Unsere Antwort sollte mehr Demokratie und mehr Umverteilung sein. **DiB versprach zum einen "Demokratie zum Mitbestimmen", eine "neue, echt-demokratische Struktur" sowie mehr Verbindlichkeit und Transparenz der politischen Vertretung durch einen verbindlichen Ethik-Kodex, der z.B. Nebeneinkünfte von Abgeordneten untersagt.**

Zum anderen sollte die soziale Ungleichheit ins Zentrum der politischen Agenda gerückt werden. Die Diskussionen waren stark geprägt von dem Eindruck einer schwachen SPD und des neoliberalen, wirtschaftsnahen Kurses unter dem damaligen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel. Doch mit der Nominierung von Martin Schulz als Kanzlerkandidat im Frühjahr 2017 und seiner Kampagne für soziale Gerechtigkeit wurde dieses Thema auf einen Schlag doch wieder von einer etablierten Partei besetzt. In der Folge konzentrierte sich die Kerngruppe daher auf den zweiten Schwerpunkt, den Aufbau neuer, vermeintlich besserer Parteistrukturen. Ein Team, welches bis dahin intensiv an einem Programm zu sozialer Gerechtigkeit gearbeitet hatte, stellte seine Aktivitäten ein. Inhalte rückten in den Hintergrund, stattdessen entstand ein Selbstverständnis der neuen Partei als Plattform, auf der die "Crowd" und verschiedene Organisationen ihre Inhalte einbringen können⁷. Diese Verschiebung war weniger eine bewusste Entscheidung, als eine unbewusste Entwicklung, die nicht reflektiert wurde.

⁷ Aus der Grundhaltung: "DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist eine offene Organisation für alle Menschen, die sich diesen Werten und Zielen verpflichtet fühlen. Sie sind eingeladen, sich an der Entwicklung des Programms zu beteiligen."

Im Wahlkampf wurde daher vor allem der Schwerpunkt Demokratie kommuniziert. Unter dem Motto "Politik. Anders. Machen." warb DiB für eine neue Art der Politik, die "gerechter, ehrlicher, transparenter" sein sollte. Das Programm war ein buntes Potpourri verschiedener links-grüner Forderungen, ein Best-of aus SPD, Linken und Grünen. Trotzdem sträubten wir uns gegen eine Einordnung als links. Die alten Denkmuster der Politik erschienen uns als nicht mehr angemessen, wir wollten sie überkommen.

Im Rückblick fehlte DiB ein klares inhaltliches Profil, um bei der Bundestagswahl erfolgreich sein zu können. Notwendig gewesen wäre eine klare Verortung im Parteienspektrum, entweder durch das Besetzen einer Lücke oder durch ein bewusstes in Konkurrenz treten mit einer bestehenden Partei. Demokratie als Querschnittsthema fand zwar Zuspruch von allen Seiten, führte aber gleichzeitig in die Beliebigkeit. Die Grundwerte⁸ waren zu weit gefasst, um eine konkrete Positionierung im Parteienspektrum zu ermöglichen, die Forderungen des Schwerpunkts Demokratie & Transparenz (z.B. ein Lobbyregister) dagegen zu kleinteilig.

Darüber hinaus sind wir heute unschlüssig, ob ein Hybrid aus Partei und offener Plattform der richtige Weg ist. Zwar erscheint uns eine offene Plattform im Sinne einer co-kreativen und kollaborativen Demokratie naheliegend. Jedoch erkennen wir auch, dass der Gedanke einer Partei als offene Plattform in Konflikt mit einem ausdifferenzierten Parteienspektrum steht, in dem Parteien durch klare Schwerpunkte eine vorhersehbare Position bieten.

Je offener das Demokratieverständnis, desto tiefergehender muss die Frage beantwortet werden, was eigentlich erreicht werden soll – eine grundlegende Veränderung des politischen Systems oder "nur" inhaltliche Reformen? Erst dann kann die Frage beantwortet werden, ob eine Partei die richtige Organisationsform ist, um die angestrebte Veränderung zu erreichen.

⁸ Die Grundwerte waren: Demokratie, Mitbestimmung und Transparenz; Gerechtigkeit in sozialer, politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht; Weltoffenheit und Vielfalt; Zukunftsorientierung und Nachhaltigkeit.

2018: Zwischen Bundestags- und Europawahl

Oktober 2017. Die Enttäuschung über das schwache Ergebnis bei der Bundestagswahl sitzt bei den DiB-Aktiven tief. Einige ziehen sich zurück, sind ausgebrannt oder glauben nicht mehr an einen Erfolg. Und doch: Bei vielen überwiegt der Optimismus, das Credo lautet: "Wir haben doch gerade erst angefangen!"

Rund 400 Mitglieder hat die Partei zu diesem Zeitpunkt, 30.000 Newsletter-EmpfängerInnen, 20.000 Facebook-Fans. Eine gute Grundlage, um weiterzumachen, denken die meisten – und so wird der nächste Bundesparteitag geplant. Im November 2017 treffen wir uns in Karlsruhe, sprechen über Organisationsentwicklung, strategische Fragen und wählen einen neuen Bundesvorstand. Die Stimmung ist gut, die Bundestagswahl scheint abgehakt.

Auf einer Klausurtagung in Magdeburg im Januar 2018 analysiert der neue Bundesvorstand den bisherigen Verlauf und kommt zu klaren Ergebnissen: eine Professionalisierung der Partei ist nötig – mit Arbeits- und Entscheidungsstrukturen und einer verbesserten Kommunikationskultur. Auf dem Weg dorthin will man sich auf die Spendenakquise und das Anwerben vielfältiger Talente konzentrieren. Das Ziel: Strukturen und Prozesse einer modernen, agilen Partei zu schaffen – und damit die Basis für weitere Wahlteilnahmen, insbesondere zur Europawahl 2019.

Mit Blick zurück sind wir uns heute sicher, dass diese Analyse und Ausrichtung Anfang 2018 richtig war und die Basis für einen nachhaltigen Organisationsaufbau bei DiB hätte sein können. Doch gelang es dem Bundesvorstand und anderen Aktiven nicht, den vereinbarten Fokus zu realisieren. Zu unterschiedlich waren die Sichtweisen unter den Mitgliedern. Die schwelenden Konflikte wurden eher vermieden als ausgetragen, auch weil die notwendige Rollenklarheit und Entscheidungsprozesse fehlten. bei DiB hätte sein können. Doch gelang es dem Bundesvorstand und anderen Aktiven nicht, den vereinbarten Fokus zu realisieren. Zu unterschiedlich waren die Sichtweisen unter den

Mitgliedern. Die schwelenden Konflikte wurden eher vermieden als ausgetragen, auch weil die notwendige Rollenklarheit und Entscheidungsprozesse fehlten.

So entwickelte sich in allen als wichtig identifizierten Punkten schon bald eine Schieflage zwischen Anspruch und Realität. In der Folge gelang weder die angestrebte Professionalisierung, noch das dringend nötige Wachstum in Sachen Spendengelder, Mitglieder und Talentgewinnung.

Wer entscheidet wie, wer wie über was entscheidet?

Eine Partei ist verglichen mit anderen Organisationen sehr komplex – und zwar nicht erst ab einer gewissen Größe, sondern praktisch von Beginn an. Es gibt ehrenamtliche und hauptamtliche Strukturen. Es gibt Strukturen auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene. Es gibt gesetzlich vorgeschriebene und freie Teile der Organisation. All das muss von Beginn an organisiert, aufeinander abgestimmt, reguliert und so gestaltet werden, dass eine effiziente und effektive Zusammenarbeit der Aktiven möglich ist.

Ursprünglich war die Gruppe der DiB-InitiatorInnen auch bezüglich der Parteiorganisation mit einem hohen Innovationsanspruch gestartet. Nach den Prinzipien der Soziokratie sollte eine moderne Parteiorganisation mit flachen Hierarchien und einem hohen Maß an Selbstorganisation entstehen. Doch aufgrund des hohen Zeitdrucks im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 spielte das bewusste Organisationsdesign bei DiB erst im Anschluss, also ab Oktober 2017, eine Rolle. Im Nachhinein lässt sich sagen, dass es für manche Weichenstellung bzgl. der Strukturen und Prozesse zu diesem Zeitpunkt bereits zu spät war. Aus heutiger Sicht scheint uns ein Punkt dabei besonders wichtig gewesen zu sein: die Frage, wie Entscheidungen getroffen werden. **Wer entscheidet wie, wer wie über was entscheidet?**

Partizipation und Mitbestimmung gehörten zu den prägenden Begriffen der Gründungszeit von DiB. Ein wesentliches Ziel war es, mehr Menschen für Politik

zu begeistern – und sie über das Instrument der Wahl hinaus auch am politischen Gestaltungsprozess stärker zu beteiligen. Zugleich hatten die InitiatorInnen von DiB das warnende Beispiel der Piratenpartei vor Augen. Das Versprechen absoluter Basisdemokratie hatte bei den Piraten wesentlich dazu beigetragen, dass auf den steilen Aufstieg der plötzliche Absturz der Partei folgte.

Vor diesem Hintergrund wollten wir einen neuen Weg wählen: Das Parteiprogramm sollte durch einen für alle Menschen (auch Nicht-Parteimitglieder) offenen, co-kreativen und partizipativen Prozess entwickelt und basisdemokratisch abgestimmt werden. Die Partei hingegen sollte durch eine kleine Anzahl gut ausgewählter Mitglieder hochprofessionell und als Serviceorganisation aufgestellt werden. Unter "Service" verstanden wir Bereiche wie Kommunikation, Fundraising, Buchhaltung und Mitgliedermanagement.

Bereits in der Phase vor der Bundestagswahl wurde diese Trennung jedoch aufgeweicht: Um alle 16 Landesverbände gründen zu können, wurden viele neue Mitglieder ungeachtet ihres möglichen Beitrags in den Servicebereichen aufgenommen. Im zweiten Jahr der Parteigeschichte zeigte sich dann, dass in der gewachsenen Gruppe unterschiedliche Vorstellungen bzgl. der internen demokratischen Strukturen und Prozesse entstanden waren. Insbesondere die Frage, wie selbstorganisiert und autonom gewählte Vorstände und operative Teams der Partei arbeiten und entscheiden können sollen, sorgte zunehmend für Konflikte.

Der zu Beginn für die Arbeitsweise bei DiB formulierte Grundsatz "Wer macht, entscheidet" stand im Widerspruch zum basisdemokratischen Anspruch vieler Aktiver. Dabei zeigte sich auch, dass die Trennung zwischen Programmarbeit und Serviceorganisation häufig nicht scharf genug war und die strategische Relevanz der Servicebereiche unterschätzt wurde. Entscheidungen über Budgets, Kommunikationsschwerpunkte oder die Teilnahme an Wahlen sind wichtige strategische Fragen, für die wir keine klaren Abstimmungsprozesse definiert hatten.

Im Sinne flacher Hierarchien hätten wir zu Beginn am liebsten auf klassische Vorstände verzichtet, doch das Parteiengesetz machte uns einen Strich durch

die Rechnung. Ohne Vorstände, keine Partei. Also versuchten wir, eine Vorstandsrolle zu entwickeln, die im wesentlichen Repräsentations- und Organisationsaufgaben vorsah. Gleichzeitig gehörten aber mehrere Vorstandsmitglieder zu den aktivsten Mitgliedern und wurden als zu einflussreich wahrgenommen. So gelang es uns nicht, die typische Dichotomie "Vorstand – Basis" zu verhindern. Auch löste das grundsätzlich basisdemokratische Versprechen von DiB bei einigen Aktiven, insbesondere im öffentlichen Online-Forum der Partei, Misstrauensreflexe im Hinblick auf Vorstandsentscheidungen aus. Es wurde kein Weg gefunden, die ständige Kritik an Verfahren und Entscheidungsprozessen in der Partei einzudämmen.

Die mangelhaften Entscheidungsstrukturen und eine wachsende Kultur des Misstrauens führten schließlich dazu, dass sich die Mitglieder immer stärker an klassischen Parteistrukturen orientierten. Zentralisierte Parteitage und Anträge gewannen an Wichtigkeit und der Rolle der Vorstände wurde immer mehr Bedeutung eingeräumt – bei gleichzeitig steigendem Misstrauen gegenüber eben dieser Rolle. In Folge sank das Engagement der Mitglieder ohne Amt. Genau das also, was wir zu verhindern versucht hatten.

Es lässt sich festhalten, dass alle Bereiche und Ebenen der Organisation klare Entscheidungsprozesse gebraucht hätten sowie Regelungen, welche Rollen mit welchen Rechten und Pflichten verbunden sind. Zudem hätte besser geklärt werden müssen, wer auf welchem Weg Änderungen an diesem Regelwerk vornehmen kann. Ein Parteitag, der unter Zeitdruck und nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit Satzungsänderungen beschließen kann, erwies sich zumindest in dieser frühen Phase als viel zu unflexibel.

Darüber hinaus hätten wir die politische Brisanz vieler strategischer Entscheidungen erkennen und beachten müssen. Und trotzdem denken wir, dass Basisdemokratie nicht als "Alle können immer über alles diskutieren und über alles mitentscheiden" missverstanden werden darf. **Eine professionelle und zielorientierte Organisation kann zwar basisdemokratische Elemente und Prozesse haben, aber sie braucht funktionierende Führungs- und Entscheidungsstrukturen, um erfolgreich zu sein.**

Der Traum vom homo politicus

DiB verfolgte nicht das Ziel, so viele Mitglieder wie möglich zu gewinnen. Der Gedanke, Mitglied in einer Partei zu sein, schreckte uns ab. Alles, was DiB nicht sein sollte – Stammtisch, Grillfest und Parteitage – bündelte sich in dem Wort Parteimitgliedschaft. Wir wollten anders sein. Bei DiB sollten nicht einige wenige über die Inhalte bestimmen, sondern alle – "Demokratie zum Mitbestimmen". Die Idee der Partei als offene Plattform, auf der die "Crowd" ihre Inhalte einbringt, passte nicht zur klassischen Struktur einer Mitgliederpartei.

Als Alternative schufen wir das Konzept der BewegerinInnen. Diese sollten über eine Online-Plattform⁹ Inhalte in die Partei einbringen und abstimmen dürfen. Eine unkomplizierte Registrierung über ein Online-Formular sollte ausreichen. Die Anzahl und der Einfluss von Parteimitgliedern dagegen sollten wie oben erwähnt stark begrenzt werden. Sie sollten lediglich den Aufbau der Infrastruktur, die Kommunikation der Inhalte und nach Wahlerfolgen die Parlamentsarbeit übernehmen. Jedes Parteimitglied unterschrieb einen Ethik-Kodex, in dem es sich verpflichtete, die Entscheidungen der BewegerinInnen zu akzeptieren und zu vertreten, soweit mit dem eigenen Gewissen vereinbar.

Im Rückblick müssen wir feststellen, dass das BewegerinInnen-Modell in dieser Form gescheitert ist. Nur knapp 1000 Menschen registrierten sich, um online mitbestimmen zu dürfen. Wir haben es nicht geschafft, Menschen, die keine Parteimitglieder sein wollen, ein attraktives Angebot zu machen. Statt es Menschen möglich zu machen, Politik in ihren Alltag zu integrieren und sogar mit Freude zu verbinden, war Teilhabe auch für BewegerinInnen mühsam – und unterschied sich darin wenig von der Mitgliedschaft in einer klassischen Partei. Unser Traum vom homo politicus hat sich bei DiB also nicht erfüllt. **Unserer Erfahrung nach liegt eine Struktur, in der Interessierte wirksamen Input geben können, aber die Entscheidungen in der Partei getroffen werden, viel näher an den tatsächlichen Bedürfnissen der meisten Menschen.**

Nur knapp drei Prozent der Menschen in Deutschland

⁹ <https://abstimmen.bewegung.jetzt>

sind Mitglied einer Partei. Deshalb glauben wir auch heute noch, dass der Anspruch hinter dem BewegterInnen-Modell der Richtige war. Die Holschuld für Engagement von Nicht-Parteimitgliedern muss eindeutig auf Seiten der Partei liegen. Ein "Dann geht doch in die Parteien und bringt euch ein" ist nicht gut genug. Vielmehr sollte eine moderne Partei attraktive Formate anbieten, um ständig neue Impulse von außen zu bekommen. Diese Impulse müssen von Parteimitgliedern wahrgenommen und ernsthaft diskutiert werden.

Streit um die Vielfalt

Parteien sind noch immer zu großen Teilen weiß, akademisch und männlich. Diese Unterrepräsentation vieler Gruppen wurde – genauso wie mangelnde demokratische Partizipation in Parteien – von uns als mitursächlich für die Krise der Repräsentation angesehen.

Auch die Beteiligten der Gründung von DiB waren vornehmlich weiß und akademisch geprägt – und sich darüber bewusst. Es gab einen Konsens im Kreis der GründerInnen, in der neuen Partei "Vielfalt" als wesentlichen Grundwert festzuschreiben. Dazu wurde unter anderem auch ein Quotenmodell für alle gewählten Positionen entwickelt: eine Frauenquote sowie eine Quote für Vielfalt.

Doch schon in der konkreten Ausgestaltung der Frauenquote wurden große Meinungsverschiedenheiten offenbar. Der Konflikt eskalierte und einige der bis dahin aktivsten Gründungsmitglieder zogen sich zurück. Eine weitgehende Frauenquote inklusive einem für Frauen reservierten ersten Listenplatz wurde beschlossen.

An der Frage "Sind wir feministisch und wenn ja, was heißt das für uns konkret?" entzündeten sich auch später immer wieder interne Kämpfe und Diskussionen. Während sich zu Beginn noch starke feministische Positionen durchsetzten, ermüdeten die Personen, die sich dafür einsetzten, nach und nach und zogen sich zunehmend zurück.

Um die Quote für Vielfalt gab es weniger Diskussion.

Sie sollte für Menschen gelten, die Diskriminierungserfahrung aufgrund von Rassismus, ihrer sexuellen Identität oder einer Behinderung gemacht haben. Dabei sollten die entsprechenden Personen sich selbst zuschreiben können, ob sie unter diese Quote fallen wollen. Niemand sollte verpflichtet werden, die eigene Zuschreibung der Partei gegenüber erklären zu müssen. Es galt das Vertrauensprinzip. Fünfundzwanzig Prozent der Positionen in den Parteigremien waren für die Quote für Vielfalt reserviert. Die Regelung führte zunächst zu Zuspruch aus verschiedenen Communities.

Doch in der Umsetzung ging das Bekenntnis zur Vielfalt gründlich schief. Menschen aus den angesprochenen Gruppen waren vielen – oft ungewollten, aber nicht minder schmerzhaften – Aggressionen ausgesetzt. Immer wieder fanden zum Beispiel Fremdzuschreibungen statt, bei denen Menschen gedrängt wurden, unter der Quote für Vielfalt zu kandidieren. Durch Erfahrungen wie diese verließen Menschen mit Diskriminierungserfahrungen nach und nach die Partei. Neue kamen wenig überraschend kaum mehr hinzu. Die Gruppe wurde mit der Zeit immer weißer und männlicher.

Menschen mit Expertise in diesem Bereich ist es hinlänglich bekannt: Eine Quote führt nicht dazu, dass Personen aus den quotierten Gruppen sich automatisch verstärkt beteiligen können. Auch uns war dies von Anfang an bewusst, dennoch haben wir nicht genug in die Schaffung einer Kultur investiert, die anziehend auf eine Vielfalt von Menschen wirkte. Die Vernetzungsarbeit in den jeweiligen Communities und die Schaffung einer diskriminierungsfreien Kultur sind die wesentlichen Aufgaben, auf die viel Zeit und Energie verwendet werden müssen. Dazu gehört auch die Verinnerlichung geteilter Werte – und diese sind bei einer wachsenden Gruppe sehr schnell nur noch sehr schwer verhandelbar. Will man eine antirassistische und feministische Haltung zur Grundbedingung machen, muss dies bereits zu einem sehr frühen Stadium festgeschrieben werden.

Vielen Aktiven bei DiB fehlte darüber hinaus von Anfang an grundsätzliches Wissen über diskriminierende Strukturen und auch die Bereitschaft, die eigene Rolle dabei zu reflektieren und zu hinterfragen. Workshops

zur Sensibilisierung und Lesehinweise für die Aktiven, externe Beratung sowie eine regelmäßige Reflexion sind dringend notwendig, um eine vielfältige Partei aufzubauen.

Zur Europawahl

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Anfang 2018 richten wir den Blick auf die Europawahl im Mai 2019. Zur selben Zeit wird bekannt, dass die europäische Bewegung DiEM25 ebenfalls zur Europawahl in zahlreichen Ländern antreten möchte. Statt selbst Parteistrukturen zu schaffen, setzt DiEM25 auf Bündnisse mit bestehenden Parteien in verschiedenen europäischen Ländern unter dem Bündnisnamen "European Spring". Die Vision einer Bündelung der neuen progressiven Kräfte inspiriert uns.

Weil Inhalte und Werte ähnlich sind, entsteht bei DiB die Idee, Teil des European Spring zu werden und DiEM25 ein Bündnis mit DiB anzubieten. DiB hat zu diesem Zeitpunkt viele talentierte Aktive aus der Gründungszeit verloren, neue kommen kaum dazu. Streitereien im DiB-eigenen Online-Forum eskalieren laufend und ziehen Energie. Doch das Potential eines zweiten Versuchs und das gemeinsame Ziel der Europawahl motivieren uns.

DiEM25 tritt selbstbewusst als mitgliederstarke Organisation mit zahlreichen prominenten UnterstützerInnen und großen Ressourcen auf. Es sickert durch, dass der bekannte griechische Politiker Yanis Varoufakis auf der deutschen Liste des European Spring kandidieren könnte. Während uns unsere eigene Gruppe müde erscheint, sehen wir hier ein Potential, um Teile unserer Idee zu retten.

Nach zermürenden Gesprächen steht ein umstrittener Bündnisvorschlag: DiB wird in das Bündnis des European Spring aufgenommen. Allerdings besteht die Vorgabe, nicht selbst bei der Wahl anzutreten, sondern die von DiEM25 neugegründete Organisation Demokratie in Europa zu unterstützen. Unter den DiB-Aktiven führt

die Debatte um diesen Vorschlag zu großen Zerwürfnissen. Viele fühlen sich vor den Kopf gestoßen und sehen zentrale Werte verraten. Das Bündnis verliert ihre tatkräftige Unterstützung. Die Auseinandersetzung raubt uns immer mehr Energie, die eigentlich für den Wahlkampf gebraucht wird. Wir schaffen es nicht, die Gruppe zu einen.

Der Vorschlag wird dennoch mit großer Mehrheit von beiden Organisationen angenommen. Per Online-Wahl wählen Mitglieder beider Organisationen die KandidatInnen. Der prominente Yanis Varoufakis wird wenig überraschend auf Platz 1 der Liste gewählt. Weitere KandidatInnen kommen aus Polen, Kroatien, Österreich und Deutschland.

Am Wahlabend ist klar: Es hat wieder nicht gereicht. Trotz Varoufakis, trotz DiEM25. Zwar konnte mit 130.000 Stimmen (0,3 Prozent) das Ergebnis gegenüber der Bundestagswahl verdoppelt werden. Dennoch reicht es wieder nicht für den Einzug ins Parlament.

Nach der Wahl steigen immer mehr Aktive bei DiB aus, auch die AutorInnen dieses Papiers. Der "Neuanfang für Demokratie und Gerechtigkeit" ist für uns zu Ende. Zumindest vorläufig.

Die da oben! Misstrauen und innerparteiliche Grabenkämpfe

Unter den InitiatorInnen von DiB bestand zu Beginn ein großes persönliches Vertrauen – die Gruppe war klein, viele kannten sich schon aus vorherigen Zusammenhängen und alle Beteiligten kommunizierten regelmäßig und intensiv. Grundlage für den Aufbau war ein positives Menschenbild, geprägt von der Annahme, dass Menschen ihrem Wunsch nach Mitgestaltung aktiv und eigenverantwortlich nachkommen und wertschätzend kommunizieren wollen, sofern man ihnen den Raum dafür bietet. Von diesem Menschenbild ausgehend gingen wir in die Öffnung der Gruppe.

Dabei unterschätzten wir, wie grundlegend die Enttäuschung vieler Menschen von PolitikerInnen und vom Politikbetrieb ist. Und wie tief deshalb das Misstrauen

gegenüber jeglichen politischen Eliten sitzt. Mit der Öffnung von DiB kamen immer mehr Menschen dazu, die dieses Misstrauen fest internalisiert hatten. Der Begriff der "Basis" wurde dabei verstärkt von Aktiven auf der Online-Plattform gewählt und als Gegenpol zu den VertreterInnen insbesondere im Vorstand etabliert. Einige Menschen schienen geradezu davon auszugehen, dass gewählte VertreterInnen, wie beispielsweise die Vorstände, immer eine eigennützige Agenda verfolgten, die nicht mit der Agenda der "Basis" übereinstimmt.

Es zeigte sich auch, dass Misstrauen stets weiteres Misstrauen sät. Die Moderation und Kommunikation der Auseinandersetzungen entwickelte sich zu einem Vollzeitjob für mehrere Aktive und im Dauerfeuer konnten wir kaum noch berechtigte Kritik von konstruierten Aufregern unterscheiden. Diese Dynamiken nahmen einen erheblichen Teil unserer Zeit in Anspruch und trugen mit dazu bei, dass wir wichtige strategische Fragen nicht mehr ausreichend bearbeiteten. Potentielle neue MitstreiterInnen wurden unwillkürlich abgeschreckt.

Im Nachhinein scheint dies wenig zu verwundern, da es natürlich die Enttäuschten sind, die sich einer neuen Partei und dem Versprechen eines Neuanfangs zuwenden. Die zerstörerische Dynamik dieser Enttäuschung haben wir von Beginn an unterschätzt und nicht ausreichend bearbeitet. Nur durch Transparenz, gute Strukturen und Prozesse sowie das Vorleben einer Vertrauenskultur in einer stabilen, gewachsenen Gruppe kann Vertrauen auf einer breiteren Basis entstehen.

Wir hätten mehr Zeit und Ressourcen einplanen müssen, um interne Diskussionen, Prozesse und Entscheidungen aufzubereiten, zusammenzufassen und zu kommunizieren. Wir hätten mehr mit der Gruppe zum Thema Vertrauen arbeiten müssen, anstatt uns ins Stellvertreter-Debatten zu verlieren. Bei der Befassung mit Vorwürfen hätten wir resoluter Grenzen ziehen und besser differenzieren müssen. Wir hätten das Online-Forum von Anfang an stärker moderieren und den Stimmen auf diesem Forum weniger Aufmerksamkeit und weniger Gewicht verleihen müssen.

Mit oder ohne Varoufakis? Die gescheiterte Suche nach HeldInnen

Die Gründung von DiB fiel in eine Zeit politischer Umbrüche in ganz Europa. Das Movimento Cinque Stelle rund um Beppe Grillo in Italien, En Marche! von Emmanuel Macron sowie Podemos und die municipalistische Bewegung rund um Pablo Iglesias und Ada Colau in Spanien verbuchten innerhalb kurzer Zeit erhebliche Wahlerfolge. Sie alle hatten eins gemeinsam: starke Führungspersönlichkeiten mit starken Netzwerken, die der neuen politischen Kraft ein Gesicht gaben.

Die Analyse dieser Beispiele zeigte uns, dass der Erfolg immer auch mit öffentlich präsenten Persönlichkeiten zu tun hat, die den neuen Initiativen ein Gesicht geben. Gerade wenn eine Partei nicht zu den bekannten und etablierten zählt, braucht es HeldInnengeschichten, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Uns stellte diese Logik des Geschichtenerzählens vor eine Herausforderung. Wir wollten keine HeldInnen. Die Ego-Shows führender PolitikerInnen hielten wir für eine der Ursachen, weshalb bestehende Parteien großen Herausforderungen oft nicht gewachsen sind. Aber auch aus unseren eigenen Kreisen entwickelte sich keine Führungspersönlichkeit, die nach innen integrieren, nach außen repräsentieren und dennoch ihr Ego hinten anstellen konnte.

Auch wenn viele Aktive das Fehlen von zentralen Persönlichkeiten sympathisch fanden – im Rückblick glauben wir, dass dies ein zusätzlicher Faktor für das schwache Abschneiden bei der Bundestagswahl 2017 war. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung erschien uns die gemeinsame Sache mit DiEM25 als enormes Potential. Wir brachten die Erfahrung und Strukturen mit, um eine kurzfristige Wahlteilnahme in Deutschland möglich zu machen. In Yanis Varoufakis sahen wir wiederum die Persönlichkeit, die in die großen Talkshows eingeladen wird und Interviews in den großen Zeitungen bekommt. Mit ihm, so die Hoffnung, ließe sich in kurzer Zeit die notwendige Bekanntheit erreichen, um genug WählerInnen zu mobilisieren. Wäre da nicht: das Ego.

Varoufakis machte relativ schnell deutlich, dass ihm nicht viel an einer Rolle im Parlament lag. Die eigene Kandidatur galt ihm als Vehikel, um die Idee einer transnationalen Partei bekannt zu machen. Er wolle, sofern der Einzug gelänge, umgehend wieder zurücktreten. So äußerte er sich auch öffentlich¹⁰. Unsere Bedenken, dass dies die WählerInnen verunsichern könnte, wurden nicht ernst genommen. Aber warum sollte man unser Bündnis wählen, wenn der Mann, der vorne steht, den Job gar nicht will? Und so engagierten sich viele DiB-Mitglieder nicht mehr im Europawahlkampf, verteilten keine Flyer, klopfen nicht an Haustüren, betreuten keine Stände. Ihre Kraft fehlte.

Heute würden wir sagen, dass auch Parteien, die nicht top-down funktionieren wollen, authentische Führungspersönlichkeiten brauchen. Personen, die klug, gewitzt und charismatisch öffentlich auftreten können. Die aber gleichzeitig nach innen Vertrauen aufbauen, zuhören und einen können. Die Einigung auf eine solche Person – oder einen solchen Personenkreis – halten wir in der Rückschau für eine wesentliche Erfolgsvoraussetzung für die Gründung einer neuen Partei. Auch glauben wir, dass die Gruppe idealerweise jemanden – oder mehrere Personen – aus ihrem Kreis systematisch in diese Rolle entwickeln kann, anstatt auf die Prominenz von Personen zu setzen, die nicht von Anfang an eine Idee mitgeprägt haben.

¹⁰ <https://www.sueddeutsche.de/politik/yanis-varoufakis-eu-berlin-1.4459585>

Zur Europawahl

Mit diesem Papier liefern wir keinen Baukasten. Keinen Zehn-Punkte-Plan “Wie man eine Partei gründet”. Oder besser “Wie man eine Partei nicht gründet”. Auch wenn wir unglaublich viel gelernt haben – die Wirklichkeit ist viel komplexer. Doch wenn wir darüber nachdenken, was wir gelernt haben, fallen uns vor allem drei Dinge ein:

Erstens: Eine Parteigründung, die sich progressiven Zielen verschreibt und ein wertschätzendes Menschenbild verfolgt, braucht Zeit. Sie braucht realistische Ziele und Meilensteine. Dazu gehört der Erfolg bei Wahlen, sie muss sich jedoch auch Zeit und Ruhe nehmen, um zu reflektieren und zu wachsen. Das Community Organizing, der Aufbau von Beziehungen zwischen den Menschen, ist von großer Bedeutung. Im Rückblick erscheint es uns unverständlich, warum wir dies nicht früher erkannt haben. Die Wahrheit ist: Trotz unserer Unerfahrenheit hätten wir vieles sehen können. Aber wir haben uns nicht die notwendige Zeit genommen.

Zweitens: Es müssen sehr viele günstige Faktoren zusammenkommen, um eine erfolgreiche Partei zu gründen. Zum einen nach innen: die Komplexität sowie der Anspruch an Entscheidungsstrukturen, Führung und Professionalität ist unserer Einschätzung nach noch höher als bei Unternehmen, Vereinen oder Initiativen. Frühe Fehler in der Konstruktion lassen sich später nur schwer ausbügeln. Aber auch nach außen: Zumindest bei der Bundestagswahl waren wir ehrlich überrascht, wie wenige Stimmen wir gewinnen konnten, obwohl das Momentum und die Unterstützung für unsere Idee deutlich zu spüren waren. Die scheinbaren Pfunde – 100.000 Klicks für eine Online-Petition, 20.000 Unterschriften, 300.000 Euro Kleinspenden, hunderte Engagierte – sie haben zumindest in der Kürze der Zeit nicht gereicht. Mit der Erfahrung von heute würden wir Potential und Chancen einer Parteigründung deutlich kritischer bewerten und mindestens zweimal hinsehen.

Drittens: Keine Angst vorm Scheitern! Auch wenn wir unser Projekt als gescheitert ansehen und viele Fehler gemacht haben, sind wir glücklich und stolz, Teil dieser

Gründungsgeschichte gewesen zu sein. Wir haben wahnsinnig viel gelernt und ein Netzwerk aus großartigen Menschen gebildet. Unser Dank und Respekt gilt allen, die sich mit uns auf diesen Weg gemacht haben!

Wir sind noch immer davon überzeugt, dass sich Politik grundlegend verändern muss – inhaltlich, kulturell und strukturell. Jeder Anlauf in diese Richtung ist wichtig. Denn nur wenn wir Neues wagen, ist Veränderung möglich. Ob es dafür eine neue Partei braucht, darüber sind wir uns heute uneinig - und diskutieren weiter.

AutorInnen: Alexander Plitsch, Clemens Holtmann, Dorothee Vogt
Unter der Mitwirkung von: Franka Kretschmer, Henrike Ostwald, Friedrich Bohn
Besonderer Dank an das Stechlin-Institut.

Über die AutorInnen



Dr. Alexander Plitsch

ist Unternehmer und Kommunikationsberater aus Aachen. Er studierte Kommunikations- und Politikwissenschaft in Aachen und promovierte zum Zusammenspiel von Parlament und Massenmedien. Als Bundesvorsitzender gestaltete er die Gründungszeit der Partei Demokratie in Bewegung von 2017 bis 2019 mit.



Clemens Holtmann

beschäftigt sich intensiv mit der Zukunft von Parteien und der Demokratie. Er war Mitgründer von Demokratie in Bewegung und Vorstandsmitglied bei Demokratie in Europa. Zur Zeit arbeitet er an einem Buch zu neuen Parteien.



Dorothee Vogt

war Mitgründerin von Demokratie in Bewegung. Sie leitet heute bei der Schöpflin Stiftung den Programmbereich Wirtschaft & Demokratie. Zuvor war sie unter anderem für die Kampagnenorganisation Change.org Deutschland und für den Social Venture Capital Fonds BonVenture tätig. Sie hat Kulturwissenschaften in Deutschland und Italien studiert und begleitet seit vielen Jahren Initiativen zur Stärkung der Demokratie.